

Wien, am Freitag, den 7. Dezember 1928 Zweite Ausgabe.

Schwere Finanzsorgen der Gemeinden.Ein Hilferuf an die Parteien des Nationalrates.

Der Städtebund hat im November ein Komitee, bestehend aus den Bürgermeistern der grösseren Städte gewählt, das mit dem Bundesfinanzminister die Verhandlungen über die Möglichkeiten der finanziellen Hilfe für die Gemeinden führen soll. Dieses Komitee hielt heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Bercht (Klagenfurt) im Wiener Rathaus eine Sitzung ab. Es wurde eine von Sekretär Honay vorgelegte Entschliessung beraten, in der die Forderungen der Städte an die Regierung festgelegt sind und die von allen Städten und Industriorten anlässlich der Beratung des Voranschlags einstimmig in den Gemeindevertretungen beschlossen werden soll. Nach einer längeren Aussprache wurde diese Entschliessung mit einigen Aenderungen, die von Bürgermeister Stellvertreter Hofrat Zeiner (Baden) beantragt worden waren, genehmigt. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Parteien des Nationalrates über die schwierige Finanzlage der Gemeinden zu informieren. Es wurden die wichtigsten Forderungen der Gemeinden in einer Denkschrift zusammengefasst, die folgenden Wortlaut hat:

Die grösseren österreichischen Gemeinden ringen seit einer Reihe von Jahren mit sehr ernsten finanziellen Schwierigkeiten. Trotz der strengsten Sparsamkeit, die in vielen Fällen schon an Unwirtschaftlichkeit grenzt, weisen die Rechnungsabschlüsse und Voranschläge vor allem der grösseren Städte ein immer mehr ansteigendes Defizit aus. Wichtige wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeiten müssen zurückgestellt werden, weil dafür oft nicht die entsprechenden Beiträge aufgebracht werden können. Durch die Abgabenteilung haben die Gemeinden ihre Steuerhoheit verloren. Sie sind auf die Ertragsanteile, die ihnen der Bund überweist, angewiesen. Aber auch diese wichtigste Einnahme wird in vielen Fällen durch die Landesregierungen den Städten empfindlich gekürzt. Diese bisherige Hintansetzung der auch im Interesse des Bundes und der Länder gelegenen ^{Berücksichtigung} der Lebensnotwendigkeit/ der Gemeinden muss insbesondere bei den Städten und Industriorten in absehbarer Zeit zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen.

Nun hat es den Anschein, als ob die Regierung und die Parteien des Nationalrates über diese tristen Verhältnisse der Gemeinden nicht unterrichtet wären; sonst wäre ^{es} ganz unbegreiflich, dass Regierung und Nationalrat immer wieder den Gemeinden neue Lasten aufbürden, ohne ihnen auch nur die bescheidensten Einnahmen zuzusichern, ja vielfach noch die kargen Einnahmen beschränken.

Aus diesen Gründen richtet der österreichische Städtebund, als die überparteiliche Vertretung der Gemeindeinteressen, den dringenden Hilferuf an alle Parteien des Nationalrates den Gemeinden rasch und wirksam zuhelfen, um eine Katastrophe mit all ihren für die Wirtschaft schrecklichen Folgen zu vermeiden.

Es sind keine unbescheidenen, sondern durch die Wirtschaftslage durchaus begründete Forderungen, die die österreichischen Gemeinden an den Nationalrat stellen.

In erster Linie begehren die Gemeinden die Einstellung des Bundespräzipiums und die Aufteilung des dann freigewordenen Betrages von zwanzig Millionen Schilling jährlich auf die Gemeinden mit mehr als 2500 Einwohner. Es ist unleugbar, dass dieses Präzipium, das die Gemeinden dem Bund, als er in schwerer Finanznot war, zugestanden haben,

heute in Anbetracht der ^{günstigen} finanziellen Lage des Bundes nicht mehr gerechtfertigt ist. Den Gemeinden würde daher ^{durch} die Freigabe des Bundespräzipiums eine sehr wesentliche Hilfe geboten werden.

Eine weitere Forderung der Städte ist die Teilung ^{steuer} der Vermögen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Abgabe ist nach dem Gesetz eine geteilte und trotzdem ist bis heute der Teilungsschlüssel gesetzlich nicht festgelegt. Wiederholte Versprechen der Städtevertreter beim Bundesfinanzminister blieben vollständig ergebnislos. Noch immer behält der Bund den ganzen Ertrag der Vermögenssteuer für sich, was nach einstimmiger Meinung der Städtevertreter ungesetzlich ist. Schon längst hätte ein Teilungsschlüssel, wie er bei der Einkommensteuer besteht, festgelegt werden müssen.

Die Gemeinden fordern auch eine Beteiligung an dem Ertrag der Landesbiersteuer. Das Gesetz über die Landesbiersteuer ist bis 31. Dezember 1928 befristet und es entspräche der Gerechtigkeit, auch den Gemeinden, in denen der Konsum erfolgt, einen Anteil an dieser Abgabe zugewähren.

Die Gemeinden verwahren sich auch entschieden gegen die von der Regierung geplante neue Belastung durch das Kleinrentnergesetz. Es werden ihnen neue Lasten auferlegt, die für manche Städte als ausserordentlich schwer bezeichnet werden müssen, ohne dass auch nur der geringste Ersatz geboten wird.

Die Städtevertreter appellieren an alle Mitglieder des Nationalrates, endlich einmal gesetzliche Sicherungen zu schaffen, durch die es den Landesregierungen unmöglich wird, immer wieder den Gemeinden Bundesertragsanteile zu entziehen. Dadurch wird den Gemeinden jede Bewegungsmöglichkeit genommen und auch jede Stabilisierung des Budgets unmöglich gemacht.

Es ist ein Hilferuf in schwerer Not, den die österreichischen Gemeinden erheben. Sie erwarten, dass die Volksvertreter die schwierige Lage der Gemeinden erkennen und im Nationalrat die Forderungen der Gemeinden mit jenem Nachdruck vertreten, der notwendig ist, um die Keimzellen der Republik vor dem Untergang zu schützen. Leiden die Gemeinden, dann können auch der Bund und die Länder nicht gedeihen. Im Interesse unserer ganzen Wirtschaft und unserer Kultur ist dringende Hilfe für die Gemeinden ein Gebot der Klugheit und Gerechtigkeit.

Diese Denkschrift wurde nachmittags zuerst dem Klub der christlichsozialen Abgeordneten und Bundesräte im Parlament überreicht. Die Abordnung wurde von den Nationalräten Fink, Dr. Gürtler und Kunschak empfangen, die die Denkschrift zur Weiterleitung an den Klub entgegennahmen. Für den grossdeutschen Klub im Parlament übernahm Nationalrat Dr. Straffner die Denkschrift und für den Klub der Abgeordneten des Landbundes Nationalrat Tauschitz. Schliesslich wurde die Denkschrift auch dem Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten überreicht. Das Komitee des Städtebundes wird voraussichtlich noch in der kommenden Woche die Forderungen der Gemeinden mit dem Bundesfinanzminister Dr. Kienböck besprechen.